

Information nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der *Kommunalen Wärmeplanung* durch die Gemeinde Stuhr

Die Gemeinde Stuhr ist seit dem 01.01.2024 durch das Gesetz für die *Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze* (Wärmeplanungsgesetz – WPG) sowie durch das *Niedersächsische Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels* (Niedersächsisches Klimagesetz – NKlimaG) zur Durchführung einer kommunalen Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung bestehender Wärmenetze verpflichtet. Zu diesem Zweck ist zunächst eine Bestands- und Potenzialanalyse durchzuführen, auf deren Basis Zielszenarien entwickelt und verbindliche Maßnahmen zur Umsetzung beschlossen werden sollen. Da es hierbei auch zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten kommen kann, informiert Sie die Gemeinde Stuhr hiermit entsprechend der Artikel 13 und 14 DSGVO über die Verarbeitung dieser Daten und die hieraus resultierenden Rechte der Betroffenen:

1. Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen:

Verantwortlich für die Datenverarbeitung:

Gemeinde Stuhr, Blockener Str.6, 28816 Stuhr, Tel: +49 421 56956-0 E-Mail: Gemeinde@stuhr.de, vertreten durch den Bürgermeister.

Verantwortliche Stelle: Zweckmäßigerweise werden die personenbezogenen Daten vorrangig durch die nachfolgend bestimmten Stellen innerhalb der Behörde verarbeitet:

Gemeinde Stuhr, Fachbereich Finanzen und Wirtschaftsförderung, Klimaschutzmanagement, Blockener Str.6, 28816 Stuhr, Tel.: +49 421 56956-203, e.brudler@stuhr.de

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Gemeinde Stuhr

Gemeinde Stuhr

Blockener Straße 6

28816 Stuhr

E-Mail: Datenschutz@Stuhr.de

Der Datenschutzkoordinator des Verantwortlichen ist:

Gemeinde Stuhr

Herr S. Schmidt

Blockener Straße 6

28816 Stuhr

Tel.: +49 (421) 5695-265

E-Mail: S.Schmidt@Stuhr.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

Die Gemeinde Stuhr verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten für die Erstellung des Wärmeplans im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Wärmeplanung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e, Abs. 2 und 3 DS-GVO, § 3 NDSG (Niedersächsisches Datenschutzgesetz) In Verbindung mit §§ 10 ff WPG und §§ 20, 21 NKlimaG.

Eine Verarbeitung der Daten zu anderen als den hier genannten Zwecken erfolgt nicht.

4. Kategorien personenbezogener Daten:

Die Gemeinde Stuhr verarbeitet nur solche Daten, die abschließend in § 21 NKlimaG und in Anlage 1 zu § 15 des WPG (Wärmeplanungsgesetz) genannt sind. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Informationen zu

- Gebäuden (Adresse, Nutzung, Wohnfläche oder Bruttogeschossfläche, Geschosszahl, Energieträger zur Wärmeerzeugung, Gebäudealter, ALKIS Daten).

Außerdem werden zähler- oder gebäudescharfe Angaben zu folgenden Bereichen erhoben und verarbeitet:

- Art, Umfang und Standorte des Energie- und Brennstoffverbrauchs von Gebäuden oder Gebäudegruppen sowie
- Stromverbrauch zu Heizzwecken, insbesondere für Wärmepumpen und Direktheizungen.

Anlage 1 zu § 15 WPG finden Sie im Internet z.B. unter folgendem Link:

https://www.gesetze-im-internet.de/wpg/anlage_1.html

Gemäß § 10 Abs. 2 WPG dürfen Endenergieverbräuche von Gas und Wärme nur erhoben werden, soweit sie keine personenbezogenen Daten beinhalten. Hierzu kann die Datenerhebung aggregiert für mindestens benachbarte Hausnummern, Anschlussnutzer, Messeinrichtungen oder Übergabepunkte erfolgen.

Sobald dies nach dem Zweck der Verarbeitung möglich ist, sind personenbezogene Daten zu pseudonymisieren oder, wenn der Zweck der Verarbeitung dies zulässt, zu anonymisieren (§ 21 Abs. 6 NKlimaG).

5. Erhebung von Daten

Die Bereitstellung von Daten erfolgt innerhalb der Stadtverwaltung der Gemeinde Stuhr durch interne Stellen wie z. B. das Klimaschutzmanagement oder den Fachbereich 2, Ortsentwicklung und Bauen.

Die Energieverbrauchsdaten werden durch die Gemeinde Stuhr von den Netzbetreibern wesernetz Bremen GmbH, Avacon Netz GmbH und AVACON Natur GmbH sowie von den zuständigen Schornsteinfegern erhoben.

Im Rahmen der freiwilligen Datenbereitstellung durch private Netzbetreiber oder durch Firmen gelten die oben ausgeführten datenschutzrechtlichen Vorgaben entsprechend. Der Beauftragte Dienstleister, die IP Syscon GmbH ist darüber hinaus durch die Gemeinde Stuhr bevollmächtigt, weitere Daten zur Erstellung der kommunalen Wärmeplanung zu erheben und zu verarbeiten. Der Dienstleister unterliegt dabei den Vorgaben der DS-GVO (Datenschutzgrundverordnung).

6. Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich geregelt, insbesondere in § 21 Abs. 2 und 3 NKlimaG.

7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten

Die Daten werden an den beauftragten Dienstleister IP Syscon GmbH übermittelt, der, durch die Gemeinde Stuhr bevollmächtigt, die Daten zu verarbeiten und weitere Daten zu erheben und der zur datenschutzkonformen Verarbeitung der Daten verpflichtet ist.

8. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es findet keine Übermittlung an Drittländer statt.

9. Vorgesehene Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien

Die personenbezogenen Daten werden nur für die Dauer der Erstellung des kommunalen Wärmeplans sowie die Planung der anschließenden Umsetzungsmaßnahmen erhoben, verarbeitet und gespeichert. Sobald die Daten zu diesem Zwecke nicht mehr erforderlich sind, werden diese gelöscht.

10. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DS-GVO insbesondere folgende Rechte:

- **Recht auf Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO).
- **Recht auf Datenberichtigung**, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO).
- **Recht auf Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.
- **Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung**, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Gemeinde Stuhr gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung (Art. 18 Abs. 1 lit. a DS-GVO).
- **Recht auf Datenübertragbarkeit**, sofern die Verarbeitung mithilfe eines automatisierten Verfahrens und auf Grundlage einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO erfolgte. In diesem Fall kann eine betroffene Person von der verantwortlichen Stelle die Bereitstellung ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format verlangen (Art. 20 DS-GVO).
- **Recht auf Widerruf**, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf der Grundlage einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO erfolgte. In diesem Fall hat eine betroffene Person gemäß Art. 7 Abs. 3 Satz 1 DS-GVO das Recht, ihre Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 Satz 2 DS-GVO).
- **Recht auf Widerspruch** gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).
- **Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:**
Das Beschwerderecht kann beim Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD) Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, Telefon: +49 511 120 4500, E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de, wahrgenommen werden, wenn die Person der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden (Artikel 77 DS-GVO).

Bis auf den letzten Punkt können betroffene Personen ihre o.g. Rechte gegenüber dem Verantwortlichen oder direkt gegenüber der verantwortlichen Stelle wie unter 1. aufgeführt geltend machen.

10. Einschränkung der Rechte:

Die Rechte für betroffene Personen können gemäß Artikel 23 DS-GVO beschränkt werden und Bundes- und Landesgesetzgeber haben diese Möglichkeit zumindest teilweise auch genutzt. Sollten Sie von den oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Gemeinde Stuhr daher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall erfüllt sind.

Stand: Feb. 2025